

## **Geht alle Macht vom Volke aus? Die Demokratie im dritten Jahrtausend**

**Einführungsvortrag zu den Frankenthaler Gesprächen 2000 am 19. Mai 2000  
von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill,  
Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es würde Sie sehr langweilen, wenn ich jetzt in einem wissenschaftlichen Vortrag versuchen wollte, die Demokratie im dritten Jahrtausend zu beschreiben. Deshalb hatte ich zunächst vor, mit einigen Thesen das Thema für die folgende Diskussion etwas aufzubereiten. Davon bin ich aber auch abgekommen, weil dies ebenfalls zu theoretisch wäre. Ich will stattdessen aus dem Leben dreier Personen erzählen, die im Jahre 2020 leben, und versuchen zu beschreiben, wie diese Personen möglicherweise die Demokratie erleben könnten.

Zunächst ist da Göran Izdemir, Sohn eines türkischen Gastarbeiters, in Deutschland geboren, 15 Jahre alt. Er hat in den letzten zwei Jahren ein kleines Unternehmen zu biometrischen Erkennungsverfahren aufgebaut und damit viel Geld verdient. Das sind Verfahren, bei denen die Identität eines Menschen an der Augen-Iris oder am Fingerabdruck erkannt werden kann. Göran hat sich bisher in einem Arbeitskreis von Jugendlichen engagiert, die sich um die Einrichtung und Gestaltung einer örtlichen Freizeitanlage kümmern. Zusammen mit seinen Freunden hat er eine Halbpipeline aufgebaut, die nun nicht nur von den Jugendlichen aus seinem Ort intensiv genutzt und in Eigenregie verwaltet wird. Letztlich kam sogar ein Politiker vorbei, der sagte, dies sei ein gutes Beispiel für eine aktive Bürgergesellschaft und lebendige Gemeinschaft. Neben der big democracy müsse es auch solche Formen einer small democracy unbedingt geben.

Zwischenzeitlich reicht ihm das aber nicht mehr aus, er möchte auch auf höherer Ebene nicht nur mitreden, sondern auch mitbestimmen. Er ist deshalb einer internationalen Partei, der Global Internet Community, beigetreten und wirkt engagiert an Diskussionsforen im Internet zur Erarbeitung von globalen Verhaltensregeln im Internet mit. Kürzlich hat er auch an den Wahlen für das Direktorium von ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) mitgewirkt und über sein Handy abgestimmt.

Nun möchte er auch an den Wahlen zum Bundestag teilnehmen, doch das geltende Wahlrecht schreibt ein Mindestalter von 16 Jahren vor. Er hat sich deshalb schon in mehreren Online-Petitionen zusammen mit verschiedenen Schülern seines Gymnasiums an den Bundestag gewandt, um eine Herabsetzung des Wahlalters zu erreichen. Neuerdings erregt er sich an dem bei der anstehenden Änderung des Wahlrechts erneut aufgetauchten Vorschlag, Eltern mit drei Kindern fünf Stimmen zu geben. Stattdessen ist er der Auffassung, er als Alleinstehender und großer Steuerzahler sowie Beitragszahler in die Alters- und Gesundheitssysteme müsse zwei Stimmen erhalten, dagegen Erwerbslose, Rentner und Pensionäre nur eine.

Ulrike Neumann ist 38 Jahre und arbeitet als Angestellte in einem Call-Center der Versicherungsbranche. Sie ist kein Parteimitglied. Weil immer noch Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind und ihre Freundinnen sie drängen, will sie sich nun auch in der Politik engagieren. Auch finanziell ist ein Abgeordnetenmandat für sie interessant.

Vor einigen Jahren war das Gesetz über den Status der Parlamentarier geändert worden. Man hatte immer wieder kritisiert, dass vor allem Beamte und Lehrer in den Parlamenten saßen, Vertreter anderer Berufsgruppen aber zu wenig vorhanden seien. Um eine breitere Rekrutierung politischen Personals zu ermöglichen und auch mehr Anreize für politische Tätigkeit zu schaffen, wurden die Diäten der Parlamentarier auf das Doppelte ihres bisherigen Gehalts erhöht.

Zunächst hatte Frau Neumann vor, für den Landtag zu kandidieren, nachdem sie aber ein paar Plenardiskussionen im Parlamentskanal verfolgt hatte, ist sie der Auffassung, dass dort nur Kommunalpolitik mit anderen Mitteln gemacht werde und die wirklichen Entscheidungen woanders fallen. Sie will stattdessen für das Europaparlament kandidieren und möchte, da sie ein Wochenendhaus in Spanien besitzt, dies für Spanien tun. Sie will, auch ohne Parteimitglied zu sein, für die Soziale Partei Europas kandidieren. Dies war inzwischen bei allen Parteien möglich.

Frau Neumann schickt sich nunmehr an, ihre Internet-Präsentation zu verbessern. Dort hat sie ihre Vermögensverhältnisse offen gelegt, ausführliche Angaben über ihre politischen Einstellungen und Vorhaben gemacht und sich verpflichtet, auf alle e-mails spätestens am zweiten folgenden Tag zu antworten. Diese Maßnahme hält sie für notwendig, weil sie sich in Kürze so genannten Vorwahlen in der spanischen Region Valencia stellen muss. Dies war etwa in Deutschland für die Bundestagswahl 2006 und für die Europawahl 2009 nach amerikanischem Vorbild eingeführt worden. An diesen Vorwahlen können alle Bürgerinnen und Bürger der Region teilnehmen.

Sebastian Schulze, 56 Jahre, ehemaliger Postbeamter, war 26 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages. Bei der letzten Wahl geriet seine Partei in die Opposition. Plötzlich wurde ihm klar, dass er als Oppositionsabgeordneter nur noch wenig Einfluss hatte. Zudem fragte er sich, ob ein nationales Parlament überhaupt angesichts der Tätigkeit weltweit tätiger Konzerne noch etwas bewirken könne. Er war deshalb vor zwei Jahren enttäuscht aus dem Parlament ausgeschieden und hatte eine neue Partei politikweb.de gegründet, die lediglich über eine virtuelle Geschäftsstelle verfügte. Angesichts der ständig zunehmenden Informationsflut hatte es sich diese Partei zum Ziel gesetzt, einen Überblick über politische Informationen, Diskussionsforen und Abstimmungsergebnisse jederzeit aktuell im Web bereitzustellen.

Die politikweb.de-Partei plädierte für die unmittelbare Wahl des Kanzlers als Vorsitzenden der Deutschland AG. Dieser solle nicht nur durch alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar gewählt, sondern statt gegenüber einem Parlament regelmäßig im Internet Rechenschaft über seine Politik ablegen. Zusätzlich sollten monatlich Volksentscheide über das Internet zu aktuellen Fragen stattfinden. Diese sollten von einem Rechenzentrum ausgewertet und für die Entscheidungen des Kanzlers verbindlich sein. Seit etwa 15 Jahren verfügte jeder Bürger über eine so genannte Smart Card mit einer digitalen Signatur, anhand derer bei den Abstimmungen seine Identität festgestellt wurde. In Indonesien entwickelte Verschlüsselungstechniken stellten die Anonymität der Stimmabgabe sicher. Indische Softwarespezialisten hatten entsprechende Programme für die Abstimmungen ausgearbeitet. Anfangs war man noch etwas skeptisch gegenüber dieser Art der elektronischen Demokratie. Noch am 14. April 2000 hatte Die Zeit geschrieben: "Im Parlament werden nicht nur Gesetze ausgetauscht, sondern man kommuniziert auch mit Tonlagen und Körpersprache. Einst klopfte Wehner mit der Pfeife aufs Pult, nun straft Angela Merkel mit Augenaufschlag." Mittlerweile hatte sich aber diese Form der elektronischen Kommunikation auch im politischen Bereich durchgesetzt.

Meine Damen und Herren, meine Aufgabe war, eine Vision über die Demokratie im dritten Jahrtausend anzubieten. Einem Wörterbuch habe ich entnommen, dass der Begriff Vision nicht nur wünschenswerte Aspekte umfasst, sondern auch Horrorvorstellungen beinhalten kann. Wir sind das Volk, welche Demokratie wollen wir? Ich freue mich auf die folgende Diskussion.